

Regina Görner
geschäftsführendes Vorstandmitglied
der IG Metall

Frankfurt am Main, 01. Mai 2008

Rede zum 1. Mai 2008

in Stadthagen

„Gute Arbeit muss drin sein!“

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

morgen jährt sich der Tag, an dem die Nazis die Gewerkschaftshäuser in Deutschland besetzt haben, zum 75. mal. Es ist kein Zufall, dass die Nazis so bald nach ihrer Machtübernahme die Gleichschaltung der Gesellschaft mit der Zerschlagung der Gewerkschaften begonnen haben. Damit war das Ende der Demokratie besiegelt. Die Gewerkschaften waren für die Nazis der Gegner, der unbedingt ausgeschaltet werden musste. Gewerkschaften standen damals wie heute für Demokratie, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Und mit ihnen war auch dann noch zu rechnen, als die Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen längst vor der Diktatur kapituliert hatten. Deshalb wurden sie verboten, ihr Vermögen enteignet und viele unserer Kolleginnen und Kollegen eingesperrt, oder gar gefoltert und getötet.

Seither ist der 1. Mai nicht nur einfach der Tag der Arbeit. Immer, wenn wir in der Öffentlichkeit zusammen kommen, müssen wir daran erinnern, dass der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen nur erfolgreich sein kann, wenn Freiheit und Rechtstaatlichkeit herrschen. Und deshalb hören wir nicht auf damit, am 1. Mai unsere Absage an Faschismus und Totalitarismus zu erneuern. Die Ideologie der Unmenschlichkeit darf nie mehr Fuß fassen in Deutschland. Und wir rufen alle Demokraten auf, mit uns dafür zu sorgen, dass der braune Sumpf nie wieder eine Chance bekommt.

Demokratie ist die unverzichtbare Basis sozialer Gerechtigkeit, aber Demokratie ist nicht identisch mit sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit muss immer wieder neu erstritten werden. Und genau das ist die Aufgabe der Gewerkschaften – damals wie heute.

Wir orientieren uns dabei an der Würde des Menschen, die ja auch der oberste Wert der Demokratie ist. Arbeit zu haben, ist Menschenrecht. Aber nicht jede Arbeit entspricht der Würde des Menschen. Arbeit ist keine Beschäftigungstherapie. Die Würde des Menschen erfordert gute Arbeit,

- Arbeit, von der man sich und seine Familie unterhalten kann,
- Arbeit, nicht die krank macht,
- Arbeit, in der man Wertschätzung erfährt und mitbestimmen darf,
- Arbeit, in der man seine Fähigkeiten entfalten und seinen Beitrag leisten kann zum Wohl der Gesellschaft.

Darunter geht es nicht, wenn wir die Würde der Menschen ernst nehmen!

Und deshalb sagen wir an diesem 1. Mai unmissverständlich: Gute Arbeit muss drin sein! Gute Arbeit muss überall auf der ganzen Welt drin sein – vor allem aber in einem Land, das zu den reichsten dieser Erde gehört, das seit Jahren Exportweltmeister ist und seit mehr als einem halben Jahrhundert in Frieden leben durfte. Gute Arbeit muss drin sein.

Und wir lassen die öffentliche Debatte nicht von denen bestimmen, die uns weismachen wollen, es sei schon alles in Ordnung, wenn die Arbeitslosenzahlen sinken. Längst spüren die Menschen, dass ihnen immer mehr Mogelpackungen angedreht werden, schlechte Arbeit, die nicht frei, sondern abhängig macht, Arbeit, die kaputt macht und erniedrigt, die isoliert und ausbeutet.

Der Prozess verläuft schleichend. Wer ordentliche Arbeit in einem gesunden Unternehmen hat und Kündigungsschutz genießt, merkt wahrscheinlich gar nicht, was sich alles verändert. Es trifft die, die ihren Arbeitsplatz verlieren, deren Unternehmen im Wettbewerb nicht mehr mithalten können und vor allem die, die überhaupt erst ihren Platz in der Arbeitswelt suchen müssen. Es sind die Berufsanfänger, es ist die junge Generation, für die gute Arbeit immer mehr zum Fremdwort wird. Und das dürfen und werden wir nicht hinnehmen.

Dass Ausbildungsplätze fehlen, haben wir schon seit so vielen Jahren beklagt, das es schon fast keinen mehr aufregt. Und wenn es dann mal ein paar Plätze mehr werden, jubeln Politik und Wirtschaft, als seien die Probleme gelöst. Nichts ist gelöst, denn auch vom letzten Schulabgängerjahrgang haben wieder 100000 junge Leute keinen Platz in der betrieblichen Berufsausbildung gefunden.

Und das Übelste ist, dass auch die, die einen gefunden haben, aus den Problemen nicht heraus sind. Denn auf sie warten nach der bestandenen Prüfung längst nicht

mehr wie früher ordentliche Arbeitsplätze, sondern Jahrgang für Jahrgang müssen sich immer mehr junge Leute in immer neue Warteschleifen begeben. Viele müssen Praktika, oft sogar unbezahlt, absolvieren. Werkverträge ohne jede soziale Absicherung kommen immer mehr in Mode.

Und für immer mehr junge Leute reicht es nur für die Leiharbeit. Von den Ausgebildeten unter 35 Jahren ist damit bereits jeder 10. in Berührung gekommen. Und das, obwohl wir in der Metall- und Elektroindustrie – und damit in einer der größten Branchen – die wenigstens einjährige Übernahme tariflich gesichert haben!

Wer eine befristete Beschäftigung in einem Unternehmen bekommt, kann sich heute schon zu den Glücklicheren zählen. Während wir noch vor wenigen Jahren davon ausgegangen sind, dass eine erfolgreich absolvierte Prüfung der Freifahrtschein in gute Arbeit ist, stellen wir heute fest, dass gerade noch 2 von 3 jungen Leute, die die Ausbildung abgeschlossen haben, einen Dauerarbeitsplatz erhalten.

Jeder Dritte landet in der prekäre Beschäftigung – wohlgemerkt: **nach** Abschluss der Ausbildung. Und niemand kann heute sagen, wann und ob sie überhaupt jemals wieder in Dauerbeschäftigung kommen. Die so genannten Klebeeffekte, z.B. bei der Leiharbeit, sind kümmerlich – gerade einmal 17%, wie die Wissenschaft festgestellt hat. Da waren sogar die viel gescholtenen Qualifizierungsmaßnahmen bei der Bundesanstalt für Arbeit allemal erfolgreicher! Und wenn man weiß, in wie

vielen Fällen wir in der IG Metall betriebliche Regelungen erkämpft haben, die überhaupt erst die Weichen für diese Klebeeffekte gestellt haben, dann sieht man, was die Leiharbeit wirklich ist – nicht die Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, sondern die Gefällestrecke, auf der der erste Arbeitsmarkt immer weiter ins Rutschen kommt.

Landauf, landab wird jetzt ja über Facharbeitermangel geklagt, aber man muss schon genau hinhören: Da heißt es, nicht einmal mehr über Leiharbeit könne man heute Fachkräfte bekommen. Hier zeigt sich, was mit der Arbeit inzwischen passiert: Geregelte, ordentliche Arbeit bieten selbst die erfolgreichen Unternehmen immer seltener an. Wenn es irgendwie geht, wollen sie keine rechtsverbindlichen Beziehungen zu ihren Beschäftigten mehr aufnehmen, sondern bei Dienstleistern Arbeitskraft nach Bedarf einkaufen. Sie wollen sich von allen Risiken entlasten, die mit Beschäftigung verbunden sind. Und damit das möglichst schnell geht, fordern sie den Abbau des Kündigungsschutzes.

KollegInnen,

wir werden nicht zulassen, dass die unternehmerischen Risiken bei uns landen und die Profite bei den Kapitalgebern. Deshalb kämpfen wir für die Beibehaltung des Kündigungsschutzes, deshalb werden wir unsere Kraft dafür einsetzen, dass die Menschen wieder gute Arbeit bekommen. Deshalb streiten wir gegen das Anwachsen der prekären Beschäftigung und für mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Denn,

KollegInnen

auch der Ausbildungsmangel ist die Folge der Politik, die auf kleinste Stammbeschaften setzt und auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse für möglichst viele. Und weil wir wissen, dass die Jungen wieder zu Tagelöhnern gemacht werden sollen, brauchen sie die bestmögliche Qualifikation, keine Schmalspur- oder Kurzeitausbildungen. Und diese gute Ausbildung für alle wird es nur geben, wenn der Lastenausgleich zwischen den ausbildenden und den nicht ausbildenden Betrieben hergestellt wird. Deshalb bleibt unsere Forderung: Umlage jetzt!

KollegInnen,

Wir lassen die jungen Leute nicht abhängen! Wir lassen nicht zu, dass ihre Zukunft Prekariat heißt. Sie haben Anspruch auf gute Arbeit – wie ihre Eltern und Großeltern, auf einen sicheren Arbeitsplatz, auf den man sein Leben und das seiner Familie aufbauen kann. All die, die in Deutschland über niedrige Geburtenraten klagen, sollen dafür sorgen, dass junge Leute endlich wieder so etwas wie ökonomische Sicherheit erwerben können! Dann löst sich das Problem von selbst.

Es ist seit langem belegt: Junge Leute wollen Kinder, wollen Familie. Aber wenn ihnen unbefristete Arbeit verweigert wird, wird ihnen auch Familie verweigert. Und das werden die Gewerkschaften nicht zulassen. Und alle Eltern und Großeltern, die in Sorge sind um die Zukunft der Jungen, müssen die Gewerkschaften

unterstützen in ihrem Kampf um gute Arbeit. Und dann werden wir diesen Kampf auch gewinnen!

KollegInnen,

wir lassen nicht zu, dass Junge gegen Ältere ausgespielt werden. Wir wollen gute Arbeit für alle Generationen und wir wissen, dass das eine nicht vom anderen zu trennen ist. Ältere wollen ihre sicheren Arbeitsplätze an die jüngeren weitergeben, wenn sie in Rente gehen und natürlich auch, wenn sie vorzeitig ausscheiden müssen. Die Politik sollte endlich kapieren, dass die Jungen nur dann eine Chance haben, die Arbeitsplätze der Älteren zu besetzen, wenn öffentliche Förderung dafür Anreize schafft. Das ist doch der Grund, warum wir darauf bestehen, dass Altersteilzeit auch künftig durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert wird. Wenn das nämlich nicht kommt, kann man sich ausrechnen, was passiert: Dann wird jeder Altersteilzeitfall ein Förderprogramm für die Leiharbeit. Und das wollen wir nicht.

Wir lassen die Älteren nicht gegen die Jüngeren ausspielen. Und auch nicht die Stammbeslegschaften gegen die Leiharbeitnehmer. Genau darauf setzen die neoliberalen Profitmaximierer. Aber wir gehen ihnen nicht auf den Leim. Unsere Stärke lag und liegt in der Solidarität und die lassen wir uns nicht kaputt machen. Deshalb sagen wir den Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern, den Arbeitslosen und allen prekär Beschäftigten: Kommt in die Einheitsgewerkschaft, denn nur da sind wir stark genug, um von guter Arbeit nicht

nur zu träumen, sondern sie durchzusetzen! Gute Arbeit für alle, gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen. Das wird es nur geben, wenn wir zusammenstehen!

KollegInnen,

geschenkt bekommen wir nichts. Kaum eine Tarifrunde, in der wir in den letzten Jahren nicht bis an die Grenze des Streiks gehen mussten, um unseren Anteil an den Profiten, die wir erarbeitet haben, zu bekommen. Wir brauchen höhere Löhne, Löhne, von denen man leben kann angesichts der Preissteigerungsraten.

Aber wir haben es inzwischen überall mit Arbeitgeberverbänden zu tun, die ihre Mitglieder ermuntern, sich aus der Tarifbindung zu verabschieden, wie es jetzt gerade wieder im Kfz-Handwerk in NRW geschehen ist, und leider nicht nur da. Vielleicht meinen diese Arbeitgeber ja, ihre Beschäftigten würden sich nicht wehren, aber die haben längst verstanden, wie es geht: Die Stahlindustrie hat es dieses Jahr wieder vorgemacht: Hohe Organisationsgrade, starke Gewerkschaften, die Bereitschaft zum Streik, weil die Gewerkschaft Schutz gibt: Dann klappt es auch mit der Tarifierhöhung. Und was unsere KollegInnen im Kfz-Bereich verstanden haben, werden sie dann ihren Arbeitgebern auch zu verstehen geben. Ich bin da ganz zuversichtlich.

Deshalb sagen wir allen ArbeitnehmerInnen: Macht es den Arbeitgebern nicht zu leicht: Organisiert Euch,

streitet mit uns für gute Arbeit, für ein Leben in Würde und Sicherheit!

KollegInnen,

und wir sagen der Politik: Hört endlich auf, die gute Arbeit kaputt zu machen! Wir wollen Flexibilität, wir wollen Unternehmen, die sich am Markt behaupten können, aber funktionierender Wettbewerb geht nur, wenn für alle die gleichen Spielregeln gelten. Es kann doch nicht sein, dass diejenigen gewinnen, die die Spielregeln systematisch unterlaufen. Und noch weniger darf es sein, dass die Schiedsrichter selbst zu den Fouls auffordern. Genau das tut die Politik mit ihren unseligen Deregulierungsstrategien seit langem.

Das muss endlich aufhören! Die Politik kann nicht einfach ihre Hände in Unschuld waschen, wenn sie selbst Strukturen geschaffen hat, die die Missbräuche geradezu herausfordern. Heute sagen viele, die miesen Bedingungen in der Leiharbeit habe doch keiner gewollt. Dann sollen sie schnellstens dafür sorgen, dass sie abgestellt werden. Das ist die Verantwortung von Regierung und Politik.

Also: Wir haben nichts gegen Zeitarbeit, solange sie ihren eigentlichen Zweck erfüllt – Auftragsspitzen abzufangen und kurzfristige Personalausfälle zu bewältigen. Aber wir haben etwas gegen Leiharbeit, die Stück für Stück die geregelte, die gute Arbeit verdrängt. Wer für Flexibilität einen fairen Preis zahlt, hat mit uns kein Problem. Deshalb: Wenn schon Leiharbeit, dann zu

fairen Bedingungen! Equal pay – equal treatment.
Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen – alles andere ist unwürdig.

Und die Politik muss ihre Fehler korrigieren. Vor allem muss endlich wieder verboten werden, das Leiharbeitsverhältnis an einen einzelnen Auftrag knüpfen zu können. Das ist doch nichts anderes als Tagelöhnertum. Und das gehört ins 19. Jahrhundert, aber nicht ins 21.!

Und wir brauchen Mindestlöhne, auch in der Zeitarbeit, damit Unternehmen die Verantwortung für ordentliche Bezahlung nicht einfach an den Staat delegieren können! Zu den Hungerlöhnen, die heute in vielen Branchen gezahlt werden, können Menschen doch nur arbeiten, weil sie letztlich vom Sozialsystem aufgefangen werden! Ein funktionierendes soziales Netz ist unverzichtbar, aber es doch nicht dazu da, die Unternehmen zu subventionieren.

Nichts anderes geschieht beim Niedriglohnbereich: Der Staat soll die Existenz der Menschen sichern, und die Unternehmen geben für Vollzeitarbeit statt existenzsichernder Löhne nur noch ein Zückerchen oben auf Hartz IV. Das und nichts anderes wollen die Vertreter der Kombilöhne im Niedriglohnsektor!

Und ich sage den Sinns, Hundts und Konsorten: Ihr fordert doch immer Subventionsabbau. Also fangt doch mal bei dieser gigantischen Lohnsubventionierung der Unternehmen durch die öffentliche Hand an!

Mindestlöhne machen Schluss mit diesen schamlosen Abzockpraktiken der Unternehmen zu Lasten der Arbeitnehmer und des Staates. Und deshalb brauchen wir sie jetzt!

Und das sagen wir am Tag der Arbeit den Regierungen, Parlamentariern und Parteivertretern: Gute Arbeit muss auch bei euch drin sein, und nicht nur Herumgeeiere und Flickschusterei. Nehmt endlich Eure Verantwortung wahr! Lasst den Staat nicht abzocken, auch nicht von denen, die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur als Lösung aller Probleme propagieren, aber eigentlich nur auf besonders lukrative Geschäftsfelder scharf sind.

Wir brauchen einen Staat,

- der die Daseinsvorsorge für seine BürgerInnen nicht dem Zufall überlässt,
- der Spielregeln setzt und auch durchsetzt,
- der die Initiative überall da ergreift und in der Hand behält, wo der Markt als Steuerungsmittel nichts taugt, nicht nur bei der Verteidigung und der inneren Sicherheit, sondern auch beim Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, bei der Sicherung der öffentlichen Infrastruktur.

KollegInnen,

gute Arbeit ist keine Utopie. Sie steht jedem Menschen zu. ... Gute Arbeit muss drin sein. Dafür lohnt der Einsatz Tag für Tag. Ich danke allen, die dazu einen Beitrag leisten, als Gewerkschaftsmitglieder und – Funktionäre, als Betriebsräte und Vertrauensleute, in

Expertengremien und Aufsichtsräten, als Politiker und Medienvertreter.

Wie hat Papst Johannes Paul II. in seiner Sozialenzyklika „Laborem exercens“ von 1981 geschrieben: „So wahr es ist, dass der Mensch zur Arbeit bestimmt und berufen ist, so ist doch in erster Linie die Arbeit für den Menschen da und nicht der Mensch für die Arbeit.“ Und er sieht es als wichtige Aufgabe an: „...immer wieder die Würde und die Rechte der arbeitenden Menschen ins Licht zu stellen und die Verhältnisse anzuprangern, in denen diese Würde und diese Rechte verletzt werden, und den Wandel der Dinge in die Richtung zu lenken, dass dabei ein echter Fortschritt für die Menschen und für die Gesellschaft herauskommt.“

Ich danke Euch allen, dass Ihr mir zugehört habt.